

Der Klimawandel ist Realität. Mit allen positiven und vor allem negativen Folgen. Dies ist keine neue Erkenntnis. Bereits im Dezember 2015 schlossen 197 Staaten und die EU in Paris einen völkerrechtlich bindenden Vertrag. Der Klimawandel sollte gebremst werden. Die Erwärmung der Erde sollte auf deutlich unter zwei Grad Celsius, möglichst sogar auf 1,5 Grad Celsius, im Vergleich zur vorindustriellen Zeit beschränkt werden. Heute ist klar: Das 1,5 Grad-Ziel ist kaum mehr zu halten.

Wir müssen versuchen, den Temperaturanstieg so weit wie möglich zu drosseln. Gesetze und Verordnungen müssen geschaffen oder geändert werden. Verhaltensweisen sind zu prüfen. Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehr. An allen Stellen sind Schrauben zu drehen.

Was wird im Saarland in Sachen Klimaschutz getan? Wie sieht es mit dem geplanten Klimaschutzkonzept aus? Die Deponie von Kohlendioxid in Mooren wird als CO₂-Senke diskutiert. Im Saarland wäre hierzu eine Wiedervernässung trockengelegter Moore notwendig. Wie weit sind hierzu die Prozesse gediehen? Auf diese und weitere Fragen steht Umweltministerin Petra Berg Rede und Antwort. Klimaschutz unter Beibehaltung des erreichten Lebensstandards ist ein hohes Ziel. Aber Nahrung, Kleidung, Mobilität und eine Unterkunft sind absolut notwendig. Einer der folgenden Artikel greift einen dieser Aspekte auf und berichtet über die Möglichkeiten des klimafreundlichen Bauens. Hierzu fand eine Veranstaltung „Bauen in Zeiten des Klimawandels“ statt. Weiterhin lesen Sie eine Bestandsaufnahme des BUND Saar zum Klimaschutz im Saarland, über aktuelle Gesetzesvorhaben, Forderungen und Erwartungen des Verbandes.

Klimaschutz IM SAARLAND

Seite 10–11

Aufbruchstimmung

Klimaschutz im Saarland**Seite 12–13**

Fragen an Umweltministerin Berg

Wir müssen Probleme klar benennen**Seite 14**

Veranstaltung

Bauen in Zeiten des Klimawandels**Seite 15**

BUND-Fachexkursion

Klimafreundlich bauen**Seite 16**

Ausbau erneuerbare Energien

Gesetzpaket auf den Weg gebracht**Seite 17**

Landschaftswasserhaushalt in Zeiten des Klimawandels

Umfassende Wasserstrategie für das Land

Klimaschutz im Saarland

Die Diskussionen um mehr Klimaschutz im Saarland setzen sich 2024 fort. Nachdem im Juli 2023 das saarländische Klimaschutzgesetz in Kraft getreten ist, wurde umgehend mit der Ausarbeitung des Klimaschutzkonzeptes durch das Institut für Zukunftsenergie- und Stoffstromsysteme (IZES) aus Saarbrücken begonnen. Und darüber hinaus tut sich einiges beim Klimaschutz im Saarland. Das ist auch dringend notwendig, gibt es doch nach Ansicht des BUND einen großen Nachholbedarf. Und der fortschreitende Klimawandel erfordert ein schnelles und entschlossenes Handeln auf allen Ebenen.

Herzstück der zukünftigen Klimaschutzpolitik im Saarland wird das Klimaschutzkonzept sein. Dort sollen die Maßnahmen festgelegt werden, mit denen die saarländische Landesregierung ihre Klimaszutzziele erreichen will. Geplant war ursprünglich, dass der Entwurf des Konzeptes im Januar 2024 in die externe Anhörung gehen und vor der Sommerpause final vorliegen sollte. Aufgrund der Komplexität des Themas und des Abstimmungsbedarfes innerhalb der Regierung konnte dieser Zeitplan nicht eingehalten werden. Geplant ist nunmehr als Termin zur Beteiligung der Öffentlichkeit an dem Konzept Juni/Juli 2024. Schon im Zuge der Erstellung des Konzeptes wurden der BUND und andere Akteure bei der Ausarbeitung einzelner Maßnahmen in verschiedenen Fach-Arbeitsgruppen beteiligt. So fanden Workshops statt zu verschiedenen Handlungsfeldern wie Land-/Forstwirtschaft, Bauen und Gebäude, Mobilität sowie Industrie und Energie. Herausforderung für alle Akteure, die Maßnahmen zu entwickeln und zu bewerten, die einen wirksamen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgase im Saarland leisten können.

Diskussion CO₂-Bilanz

Ende letzten Jahres gab es eine Diskussion über die Richtigkeit der vom Statistischen Landesamt ermittelten Bilanz des Ausstoßes von Treibhausgasen im Saarland. Dabei kam heraus, dass dieser schon seit Jahren falsch berechnet wurde. So liegt der energiebedingte Ausstoß des Klimagases CO₂ viel niedriger als all die Jahre zuvor berechnet. Im Rahmen der Erstellung des Konzeptes wird nun vom IZES eine Gesamtbilanz erstellt, in der unter anderem die Klimaleistung des Waldes und anderer CO₂-Senken einfließen werden. Der BUND fordert vor diesem Hintergrund, dass das Klimaschutzgesetz in seiner Zielsetzung verschärft werden muss. Im geltenden Klimaschutzgesetz ist festgelegt, dass bis zum Jahr 2030 der Ausstoß von Treibhausgasen um mindestens 55 Prozent im Vergleich zu 1990 reduziert werden soll, was der BUND schon damals als wenig ambitioniert gehalten hatte. Damit wäre man unter dem deutschen Ziel geblieben, welches eine Reduzierung um 65 Prozent vorsieht. Demzufolge wäre auch das saarländische Klimaschutzziel zumindest an das deutsche Ziel anzupassen, so die Forderung des BUND.

Die Herausforderungen für einen wirksamen Klimaschutz sind groß. Während der Ausbau der erneuerbaren Energie im Strombereich gut voranzukommen scheint und auch entsprechende Gesetze in der parlamentarischen Beratung sind, sieht der BUND insbesondere in den



Handlungsfeldern Mobilität sowie Bauen und Gebäude noch große Potenziale für den Klimaschutz im Saarland.

Mobilitätswende

Um wirksame Beiträge für den Klimaschutz im Land mit der höchsten PKW-Dichte schaffen zu können, braucht das Saarland eine Mobilitätswende, die auf den Umweltverbund setzt und den motorisierten Individualverkehr reduzieren hilft. Daher fordert der BUND die konsequente und zügige Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). Dort wurden in dem ÖPNV-Vorrang-Szenario Maßnahmen beschrieben, die zu einem Quantensprung in dem Angebot führen würden. Zudem wurde im Bereich der Förderung des Radverkehrs einiges angestoßen. Allerdings läßt der Radverkehrsplan für das Alltagsnetz schon seit gut einem Jahr auf sich warten. Viele Kommunen haben aber die Bedeutung des Radverkehrs erkannt und hatten sich in 2023 zu einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) im Saarland zusammengeschlossen. Und auch das Land (teils zusammen mit dem Bund) fördert entsprechende Maßnahmen zur Stärkung der Infrastruktur. Dass immer mehr Menschen den ÖPNV nutzen, ist sicherlich zumindest zum Teil dem Deutschlandticket

zu verdanken, für dessen Fortsetzung sich auch das Saarland stark gemacht hatte.

Zur Mobilitätswende zählt aber auch Verzicht auf nach Ansicht des BUND unsinnige Straßenneubauprojekte wie die B 423 neu bei Homburg oder die Nordumfahrung Merzig. Es gilt noch immer der Spruch: Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten. Der Verzicht auf solche Projekte ist nicht nur ein Beitrag für den Klimaschutz. Es lassen sich so große Eingriffe in Natur und Landschaft verhindern.

Wohnen und Gebäude

Gewissermaßen ein schlafender Riese mit großem Potenzial für den Klimaschutz ist der Sektor Wohnen/Gebäude, der für über 40 Prozent des Ausstoßes von klimawirksamen Gasen in Deutschland verantwortlich ist. Dabei ist die Ausgangslage für das Saarland alles andere als gut. Das Land hat deutschlandweit die höchste Eigenheimdichte mit einem erheblichen Sanierungsstau, vor allem hinsichtlich der energetischen Ertüchtigung der Häuser. Hinzu kommt, dass im Saarland überdurchschnittlich viele Öl- und Gas-Heizungen in Betrieb sind. Hier sind in den kommenden Jahren insbesondere die Kommunen gefordert, die mit der Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung die Wärmewende einläuten sollen. Eine große Aufgabe, die Städte und Gemeinden angesichts leerer Kassen und Personalnot vor eine große Herausforderung stellen.

Dass es gerade für den ländlichen Raum auch Alternativen gibt, zeigt das Bioenergiedorf Fürth. Dort wird ein Nahwärmenetz auf Basis erneuerbarer Energien seit 2017 von einer Energiegenossenschaft betrieben, das mittlerweile über 250 Häuser in Fürth und im benachbarten Dörrenbach mit umweltfreundlicher Wärme versorgt. Ein Vorzeigeprojekt im Saarland, das hoffentlich noch viele Nachahmer finden wird.

Moore als Klimaschützer

Neben all den technischen Lösungen für den Klimaschutz rücken immer mehr



naturbasierte Handlungsmöglichkeiten in den Vordergrund. Letztendlich u. a. befeuert durch das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) des Bundes, welches finanziell gut ausgestattet ist. Obwohl es im Saarland im Vergleich zu anderen Ländern nicht viele Moore gibt, sollte man die wenigen Möglichkeiten nicht außer Acht lassen. Denn intakte Moore sind wahre Klimaschützer, weil der in ihren organischen Böden gebundene Kohlenstoff dann nicht als CO₂ in die Atmosphäre entweicht. Die Rede ist vom Königsbruch bei Homburg, der bei einer Wiedervernässung durch die Bindung von Treibhausgasen einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz, aber auch den Naturschutz leisten könnte. Doch in Homburg droht man, diese Chance zu vergeben. So hat der Stadtrat von Homburg im März 2024 einen Bebauungsplan beschlossen, der auf dem Campingplatz die Errichtung von Tiny-Häusern ermöglichen soll. Je nach Art der Umsetzung steht dieses Vorhaben im Widerspruch zu der von vielen Akteuren seit langem geforderten Revitalisierung des Moores im Königsbruch, auch zu den Vorstellungen der Fachabteilung innerhalb des Umweltministeriums (ZfB). Der Königsbruch ist das einzige Moor im Saarland, mit dem das Saarland seinen bundespolitischen Betrag leisten kann und gleichzeitig mit dem grenzüberschreitenden Teil nach Rheinland-Pfalz ein Gemeinschaftsvorhaben umsetzen würde.

Energie-/Klimaschutzagentur

Eine wesentliche Forderung in der Klimaschutzdiskussion nicht nur des BUND ist, dass auch im Saarland eine Energie-/Klimaschutzagentur gegründet wird. Die Vorbilder aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zeigen, dass für das Erreichen der Klimaschutzziele eine unabhängige Stelle, die beratend und sich kümmernd die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und der darin festgelegten Maßnahmen begleitet, von entscheidender Bedeutung ist. Und in den Workshops zum Klimaschutzkonzept war an vielen Stellen zu hören und zu lesen, dass im Land entsprechende Kompetenzen aufgebaut werden müssen. Was liegt da näher, als das in einer zu gründenden Agentur zu bündeln. Die Zeit ist reif dafür, und aus der Politik sind zaghafte Signale zu verspüren für die Einrichtung einer solchen Agentur. Gerade vor dem Hintergrund der verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung braucht es den Aufbau von Wissen und Handlungskompetenzen im Saarland. Für den BUND ist aber klar: Die Gründung einer solchen Agentur darf keine Alibifunktion haben. Sie muss personell sowie finanziell gut ausgestattet sein, wenn die Herausforderungen bewältigt werden sollen.

Kurzum: Im Saarland tut sich was in Sachen Klimaschutz, selbst wenn es noch viel Handlungsbedarf gibt und einiges nach Ansicht des BUND noch nicht in die Richtung läuft, die erforderlich wäre, um die Klimaschutzziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Die Beschränkung des Temperaturanstieges auf möglichst 1,5 Grad. Dieses Ziel sollte man nicht aus den Augen verlieren.

Christoph Hassel

Fragen an Umweltministerin Berg

Wir müssen Probleme klar benennen

Der Wandel des Klimas ist unübersehbar. Lange Phasen der Trockenheit im Wechsel mit Dauerregen setzen Mensch und Natur zu. Für die Gesundheit der Menschen, für die Landwirtschaft, die Wälder sowie die aquatischen Ökosysteme sind dies neue Herausforderungen. Neben jedem Einzelnen ist die Politik gefragt, den Veränderungen und deren Folgen entgegenzuwirken. Im Saarland ist Klimaschutz eine der Kernaufgaben des Ministeriums für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz. Ministerin Petra Berg beantwortet Fragen des BUND Saar zum Thema Klimawandel.



MUKMAV / Sebastian Bauer

? Im Juli 2023 wurde das Saarländische Klimaschutzgesetz verabschiedet, und zurzeit läuft die Ausarbeitung des Klimaschutzkonzeptes. Wie wichtig ist der Klimaschutz in Ihrem Hause? Und wie weit sind Sie mit dem Klimaschutzkonzept? Geplant war die Vorlage des Entwurfs ja für Januar 2024.

! Die Folgen des Klimawandels gefährden die Lebensgrundlage der Menschen und erzeugen große Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Das ist für uns alle spürbar und sorgt für Unmut. In meinem Haus

beschäftigen wir uns mit den existenziellen Kernfragen dieser Auswirkungen. Das bedeutet, wir müssen langfristig eine gesunde, nachhaltige Ernährung, saubere Luft und sauberes Trinkwasser sicherstellen. Außerdem wollen wir die Artenvielfalt und die Naturräume erhalten. Wir wollen die Menschen vor den klimatischen Gefahren, die sowohl die menschliche Gesundheit als auch das Hab und Gut bedrohen, schützen. Deshalb investieren wir in Klimaanpassungsmaßnahmen wie den Hochwasserschutz und leisten unseren Beitrag bei der Förderung zur Transformation der Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Dadurch schaffen wir zukunftssichere Arbeitsplätze hier im Saarland. Zudem wollen wir zur Bekämpfung von Lärm, Stress und Umweltverschmutzung die Saarländerinnen und Saarländer dazu befähigen, komfortabel, schnell und zuverlässig mit dem ÖPNV von A nach B zu kommen. All diesen komplexen Anforderungen muss unser saarländisches Klimaschutzkonzept (KSK) Stand halten können. Ich verstehe die Dringlichkeit und auch die Ungeduld der Bürgerinnen und Bürger, allerdings muss hier gelten: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Ursprünglich sollte Ende Januar 2024 eine Erstfassung des KSK der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Im Zuge der Erarbeitung der Maßnahmenbündel für die einzelnen Sektoren hat die Expertenanhörung einen intensiveren Beratungsbedarf zur Erstellung der Erstfassung ergeben, deshalb rechne ich mit der Endfassung im Sommer 2024.

? Ende letzten Jahres gab es die Diskussion über den tatsächlichen Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase im Saarland. Offensichtlich wurde über Jahre hinweg falsch gerechnet, sprich, der Ausstoß war viel geringer als angenommen. Wie ist denn hier der aktuelle Sachstand?

! Die Korrektur der Energie- und CO₂-Bilanzen für das Saarland hat auch die nachgelagerten Prozesse und Entscheidungen naturgemäß verzögert. Nach der genauen Überprüfung und Analyse der Daten wurde eine neue Gesamt-Treibhausgasbilanz erstellt. Auf Grundlage der Bilanz und des Klimaschutzkonzeptes kann dann schrittweise eine mögliche Anpassung des Saarländischen Klimaschutzgesetzes erfolgen.

? Müssen jetzt aufgrund der Neuberechnung der Treibhausgasbilanz nicht auch die gesetzlichen Klimaschutzziele angepasst werden? Also ambitionierter werden, wie das auch u. a. der BUND gefordert hatte?

! Über das Saarländische Klimaschutzgesetz hat bereits eine breite öffentliche und parlamentarische Debatte stattgefunden. Die Auswertung der Anhörung zum



MUKMAV / Reif Ruppenthal

Saarländischen Klimaschutzgesetz ist abgeschlossen. Bei einer Änderung des Gesetzes würde eine neue Anhörung durchgeführt werden müssen. In dieser könnten dann erneut Stellungnahmen der verschiedenen Träger öffentlicher Belange und Verbände abgegeben werden.

? Wo sehen Sie die besonderen Herausforderungen beim Klimaschutz im Saarland?

! Wir wollen, dass die Saarländerinnen und Saarländer auch in Zukunft gut leben und ihren Alltag selbst und aus eigener Kraft gestalten können. Eine lebenswerte Zukunft muss wegen der schwierigen Rahmenbedingungen erarbeitet und erkämpft werden. Dafür müssen wir die Menschen mitnehmen, wir müssen Probleme klar benennen und den Saarländerinnen und Saarländern Klarheit und Orientierung bieten. In Anbetracht der aktuellen Herausforderungen durch die Folgen des Ukrainekrieges, des Krieges in Gaza und der wirtschaftlichen Rezession werden die Folgen des Klimawandels, der Umweltverschmutzung und der Biodiversitätsverluste im öffentlichen Diskurs an den Rand der Wahrnehmung gedrängt. Wir müssen also den Fokus darauflegen, dass gerade auch die Schwächsten unserer Gesellschaft einen konkreten Mehrwert von unseren politischen Maßnahmen und Entscheidungen haben werden. Unsere Botschaft ist: Wir müssen einiges verändern, damit vieles so bleibt, wie wir es lieben. Eine Anpassung an eine sich verändernde Welt ist notwendig. Das gemeinsame, gesellschaftliche Umdenken hinsichtlich des Klimaschutzes wird es nicht zum Nulltarif geben, aber auf lange Sicht werden unsere gemeinsamen Anstrengungen die Chance auf ein besseres Leben und mehr gesellschaftliche Teilhabe auch in Zukunft sein.

? Was liegt Ihnen beim Klimaschutz persönlich besonders am Herzen?

! Mir liegt es am Herzen, ein zukunftsfähiges Saarland mitzugestalten. Ein Saarland, in dem auch zukünftige Generationen gut und gerne leben können. Dafür müssen wir soziale, ökologische und ökonomische Interessen in Einklang bringen. Wir müssen den Wandel in allen Bereichen aktiv vorantreiben und vor allem den Menschen erklären. In den vergangenen Jahren habe ich gelernt, dass es Geduld und Beharrlichkeit braucht. Ich bin mir dieser großen Aufgabe bewusst und werde meine politische Erfahrung einbringen, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

? Als ökonomisch günstige Maßnahme zum Klimaschutz wird die Wiedervernässung organischer Böden angesehen, die durch Menschen im Zusammenhang mit der Gewinnung landwirtschaftlicher Flächen trockengelegt wurden. Im Saarland trifft dies für den Königsbruch zu. Wie weit ist denn inzwischen der Sachstand zu den Überlegungen und der Machbarkeit zur Wiedervernässung des Königsbruch in ihrem Ministerium (und dem LUA) gediehen?

! Für eine Renaturierung hält das Umweltministerium eine Wiedervernässung des Königsbruchs generell für wichtig. Allerdings wird nun erstmal von der Stadt Homburg eine Machbarkeitsstudie vergeben. Derzeit liegt die Überprüfung also in kommunaler Verantwortung. Erst danach können wir uns als Ministerium wieder aktiv in das Verfahren einbringen.

Red.

DNT

37. DEUTSCHER NATURSCHUTZTAG

SAARBRÜCKEN

24. - 28.09.2024

EUROPA NATÜRLICH VERBUNDEN



Foto: Daniel Bittner

Deutschlands größter
Naturschutzkongress
und das zentrale
Fachforum für den Naturschutz.

deutscher-naturschutztag.de

Veranstaltung

Bauen in Zeiten des Klimawandels

Klimafreundlich bauen – aber wie? Diese Frage stand am 20. Februar 2024 im Vordergrund während der von der Architektenkammer des Saarlandes und dem BUND Saar e. V. organisierten Veranstaltung „Bauen in Zeiten des Klimawandels“ im Forum der Saarbrücker Zeitung in Saarbrücken. Die gut besuchte Veranstaltung wurde vom Ministerium für Inneres, Bauen und Sport aktiv unterstützt und hatte zum Ziel, den Teilnehmenden Impulse, Informationen und konkrete Maßnahmen vorzustellen, die dem Ziel des klimafreundlichen Bauens dienen.

Vom „Reden ins Tun“ kommen war klare Intention auch in den hochklassigen Vorträgen der beiden ausgewiesenen Expertinnen, die zur Tagung eingeladen waren: Frau Sandra Koch-Wagner, Leiterin der Obersten Baubehörde des Saarlandes, wies auf geplante Änderungen und Vereinfachungen in der saarländischen Landesbauordnung hin. Erleichtert werden sollen im Saarland künftig Umbauten im Bestand und die Anwendung sowie der Einsatz klimafreundlicher Baustoffe und Technologien. Angekündigt wurden dabei u. a. auch Unterstützung des Saarlandes 2024 für die Verlängerung der Zweckbindung von Bestands-Sozialbauwohnungen ebenso wie pragmatische Hilfestellung für bauwillige Kommunen im Saarland, die klimafreundliche Siedlungs- und Gewerbebauten erstellen wollen.



Frau Professor Annette Hillebrandt von der Bergischen Universität Wuppertal und gleichzeitig stellvertretende Vorsitzende der Kommission Nachhaltiges Bauen beim Umweltbundesamt in Berlin ordnete in ihrem fulminanten und hochprofessionellen Vortrag den aktuellen Stand der Bemühungen um klimafreundliches Bauen mit praktischen Hinweisen gekonnt ein. „Verbundwerkstoffe, die sich nicht oder nur schwer am Ende ihres Lebenszyklus trennen oder entsorgen lassen, gehören in Zeiten des Klimawandels nicht an den Bau!“, erklärte Hillebrandt. Mit Zertifizierungssystemen wie dem der DGNB (Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen) und BNB (Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen) im Staatshochbau stehen handhabbare Maßstäbe zur Verfügung, um

konkrete klimafreundliche und nachhaltig betriebene Bauten zu erstellen. „Bauen können wir zukünftig nur noch klimaschonend und nachhaltig, wenn wir unsere Umwelt nicht aufs Spiel setzen wollen und auf vermeidbare CO₂-Emissionen auch am Bau von Anfang an verzichten“, so Hillebrandt.

Hillebrandt ging aber auch auf die jahrzehntelang entstehenden Betriebs- und Folgekosten sowie die Betrachtung der „End-of-life“-Problematik ein, also die Entsorgung am Ende des Lebenszyklus aller eingesetzter Baustoffe im Sinne von Nachhaltigkeit am Bau. Diese müssen bei Betrachtung der Anfangsinvestition zwingend in Betracht gezogen werden, erläuterte Hillebrandt.

Staatssekretär Torsten Lang vom saarländischen Bauministerium unterstrich die Notwendigkeit, den klimafreundlichen Pfad auch im Baugewerbe zu beschreiten, vor allen Dingen vor dem Hintergrund des beschlossenen Saarländischen Klimaschutzgesetzes (SKSG) und des in Kürze zu erwartendes Maßnahmenkonzeptes dazu.

In einem Grußwort betonte der Präsident der Architektenkammer des Saarlandes, Herr Alexander Schwehm, die Vereinfachung der Vorschriften am Bau, um auch pragmatische und kostengünstige Umbauten sowie die Folge Nutzung bestehender Gebäude zu ermöglichen und dem Experimentalbau unter Abweichung von bestehenden Vorschriften den Weg zu ebnet. Diese Vereinfachungen sollen klimafreundlichen Konzepten dienen, so Schwehm in seinem Grußwort.

Christoph Hassel, Vorsitzender des BUND Saar, wies in seinem Grußwort auf die Bedeutung des SKSG und der damit verbundenen Chance auf Schutz der Ressourcen und die Erreichung des Ziels „Flächenverbrauch Null 2030“ hin. Besonders das Land und die öffentliche Hand als Bauherren müssen hier als Vorbild vorangehen und Leuchtturmprojekte beim klimafreundlichen Bauen realisieren, forderte Hassel.

Mit ca. 100 Teilnehmenden und einer positiven Medienresonanz haben der BUND Saar und die Architektenkammer des Saarlandes mit der Veranstaltung „Bauen in Zeiten des Klimawandels“ einen positiven Impuls gesetzt und Wege aufgezeigt, die zu weniger CO₂-Emissionen auch beim Bauen führen.

Nun sind die 52 saarländischen Städte und Gemeinden am Zug, die heute technisch verfügbaren und durchaus wirtschaftlichen Alternativen für eine „Klimawende am Bau“ auch in die Tat umzusetzen. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen.

Karsten Bach

Am 13.03.2024 organisierte die BUND-Ortsgruppe Saarbrücken eine Fachexkursion „Klimafreundlich bauen“. Referenzbauten, die in klimaschonender Bautechnik errichtet wurden, konnten besichtigt werden.

Erste Station war der sogenannte GREEN CAMPUS in St. Ingbert. Mit ca. 5.000 m² Bruttogeschossfläche wird das Gebäude emissionsfrei – und zwar mit Geothermie, Wärmepumpen und Photovoltaik – kostengünstig beheizt und gekühlt. Mit seiner Holz-Hybrid-Konstruktion vermeidet der Bau dauerhaft ca. 2.000 t CO₂ gegenüber konventioneller Bauweise.

In Kaiserslautern im PFAFF-Areal entsteht derzeit das weltweit erste Parkhaus für Fahrzeuge komplett aus Holz mit fünf Geschossen für 400 Fahrzeuge und ca. 11.000 m² Geschossfläche. Nach dreijähriger Entwicklung und umfangreichen Tests entspricht das reine Holzgebäude der Brandschutzklasse F 60 und wird demnächst in Betrieb gehen. Insgesamt wurden für das Parkhaus ca. 4.000 m³ Holz aus nachwachsenden, heimischen Quellen verbaut. Dachbegrünung und eine PV-Solaranlage sind Standard, vertikal umspannen PV-Solar-Segel das Gebäude, das auch der Beschattung dient. Mit Pufferspeichern dient die Erzeugung des Stroms aus regenerativer Quelle der Ladung von Elektrofahrzeugen im Parkhaus. Eventuelle Stromüberschüsse nimmt das Nachbargebäude (Medizinisches Zentrum) ab. Somit sind die beiden neuen Gebäude zugleich Energieproduzenten. Der stirnseitig angebaute



Weltweit erstes Holzparkhaus im PFAFF-Areal für 400 Fahrzeuge im Rohbau

Bürobau ist ebenfalls komplett als Holzständerhaus mit fünf Geschossen und ca. 2.500 m² Bruttogeschossfläche ausgeführt. Er ist am Ende seiner Nutzung zu 100 % recycelbar und wurde in nur vier Wochen mit vier Monteuren als Rohbau erstellt. Möglich wurde dies durch die Verwendung vormontierter, modularer Holzbauelemente, die schon im Werk mit Aussparungen und Vorrüstungen für die Ver- und Entsorgungsleitungen (TGA) vorbereitet wurden. Dies hat auf der Baustelle erheblich Zeit gespart. Schnelle und kurze Bauzeiten, mehr als 15.000 t vermiedener CO₂-Emissionen und klug im Vorhinein geplante, mit allen Gewerken abgestimmte Vorgehensweise resultieren in klimafreundlich realisierten Bauten, die hohe Qualität und Langlebigkeit in sich vereinen.

Die Gruppe der Teilnehmenden an dieser BUND-Fachexkursion umfasste Architekten, Planer, Vertreter von Behörden, Bauämtern, Ministerien, Handwerker und

Bauunternehmer. Sie alle konnten sich von der gelungenen Ausführung der besuchten Objekte überzeugen und am Ende der Tour in einem Betriebsrundgang bei Fa. CLTECH GmbH in Lauterecken einen innovativen und sprunghaft sich positiv entwickelnden Betrieb besichtigen: CLTECH GmbH hat sich auf die Produktion modular vorgefertigter und nachhaltig produzierter Holzbauelemente für den Siedlungs- und Gewerbebau spezialisiert und nutzt dabei lokale Hölzer als schnell nachwachsende Rohstoffe.

Resultat dieser Vorgehensweise sind nachhaltige, CO₂-bindende umwelt- und klimafreundlich hergestellte solide Bauteile, die zeitsparend und schnell zusammengebaut werden und damit einen Kostenvorteil sichern. Alle Bauteile aus Holz binden dauerhaft CO₂ und bestehen aus nachwachsenden Rohstoffen aus heimischen Quellen.

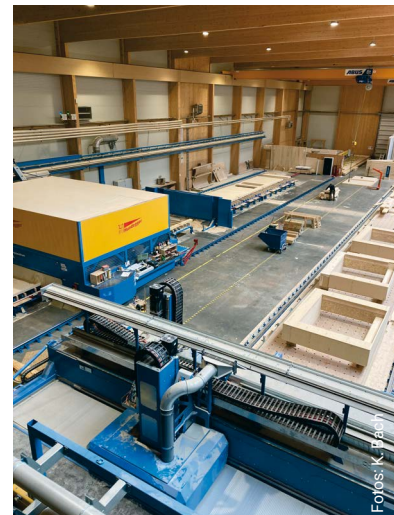
Sinn und Zweck der BUND-Fachexkursionen ist es, über technisch und wirtschaftlich machbare Alternativen zum konventionellen, CO₂-emittierenden Bauen und Wege zur nachhaltigen Kreislaufwirtschaft am Bau zu informieren.

Gemäß den Ausführungen von Frau Professor Annette Hillebrandt, Bergische Universität Wuppertal und stellv. Vorsitzende der Kommission Nachhaltiges Bauen beim Umweltbundesamt, wird klimafreundliches und nachhaltiges Bauen erst dann möglich, wenn folgender Dreiklang von Beginn der Bauplanung an und natürlich in der Ausführungsphase beachtet wird:

- ➔ Möglichst geringe Baumassen (Skelettbau vor Massivbau) und Auswahl von klimafreundlichen Materialien mit möglichst geringen CO₂-Emissionen bei Herstellung und Verarbeitung.
- ➔ Betrachtung der über mindestens 50 Jahre zu erwartenden THG-Emissionen die für den Betrieb, Unterhalt und Rückbau des geplanten Gebäudes entstehen.
- ➔ Ermittlung und Bewertung der Rückbaubarkeit und Nachnutzbarkeit (Re-Use oder Recycling) aller verwendeten Materialien am Ende des Lebenszyklus („End-of-life“-Betrachtung) des geplanten Gebäudes.

Eine gesamthafte und integrative Betrachtung nach diesem Schema ermöglicht in Zukunft nachhaltiges und klimafreundliches Bauen und somit die „Klimawende am Bau“ auch im Saarland.

Karsten Bach



Blick in die Fertigungshalle von CLTECH GmbH Lauterecken mit CNC-Holzbearbeitungszentrum

Ausbau erneuerbare Energien

Gesetzespaket auf den Weg gebracht

Mit einem Ende 2023 von der Landesregierung eingebrachten Gesetzespaket soll der Ausbau der erneuerbaren Energien im Saarland weiter vorangetrieben werden. Die Städte und Gemeinden sind aufgefordert, mehr Flächen für die Windkraftnutzung zur Verfügung zu stellen. Zudem sollen sie an den Erträgen der Wind- und Solarparks beteiligt werden. Gestartet ist nun die Beratung im saarländischen Landtag. Bis zur Sommerpause sollen die Gesetze beschlossen werden.

Der BUND hat sich bereits bei der externen Anhörung im 2023 mit entsprechenden Stellungnahmen eingebracht und wird dies auch im weiteren Gesetzgebungsverfahren tun. Mit dem Flächenzielgesetz und einer Änderung des Landeswaldgesetzes soll die Windkraftnutzung als Lastenpferd der Energiewende im Saarland weiter ausgebaut werden. So wird im Gesetzentwurf für die Kommunen verbindlich festgelegt, einen gewissen Prozentsatz ihrer Fläche für die Windkraftnutzung auszuweisen. Insgesamt sollen am Ende zwei Prozent der Landesfläche für die Windkraftnutzung zur Verfügung stehen. Damit geht die Landesregierung für das Saarland über die Zielvorgabe des Bundesgesetzes von 1,8 Prozent hinaus. Auch soll dieses Ziel bereits 2030 erreicht werden (Bundesgesetz: 2032). Damit wird die Wichtigkeit des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien auch für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes betont. Denn die Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom ist mittlerweile ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen geworden, die sich im Saarland ansiedeln wollen. Auch wenn der BUND einen weiteren Ausbau der Windkraftnutzung befürwortet, müssen doch auch ökologische und soziale Leitplanken eingezogen werden. So hat sich der BUND bei der geplanten Änderung des Waldgesetzes dafür eingesetzt, den Wald nur sehr behutsam für die Errichtung von Windrädern zu öffnen. Alte, ökologisch wertvolle Wälder sollen für die Windkraftnutzung auch weiterhin tabu bleiben. Nur so kann die Akzeptanz für den notwendigen weiteren Ausbau bei den Bürgerinnen und Bürgern erhalten bleiben.

Akzeptanz

Dieses Ziel der Akzeptanzsteigerung verfolgt man auch mit dem Gemeindebeteiligungsgesetz. Dort soll in Anlehnung an die Regelung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) verbindlich festgeschrieben werden, dass die Städte und Gemeinden mit 0,2 Cent je in Wind- oder Solarparks erzeugter Kilowattstunde Strom bekommen sollen. Für den BUND geht das nicht weit genug. In der externen Anhörung hat er dafür plädiert, auch direkte Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Offensichtlich mit Erfolg, denn in dem überarbeiteten Gesetzentwurf sind entsprechende Möglichkeiten aufgenommen worden.

Was kommt noch?

Doch mit diesem Gesetzespaket ist aber noch nicht Schluss. Wahrscheinlich noch vor der Sommerpause soll auch die externe Anhörung starten für das saarländische Umsetzungsgesetz der bundesgesetzlichen Vorgaben des Wärmeplanungsgesetzes. Sie wird das Herzstück der Wärmewende im Saarland werden. Städte und Gemeinden werden verpflichtet, für ihr Gebiet eine kommunale Wärmeplanung aufzustellen. Bis 2028 müssen für die meisten Kommunen diese Wärmepläne aufgestellt sein, für Saarbrücken schon bis 2026. Im Saarland stellt die Wärmewende eine besonders große Herausforderung dar, angesichts einer hohen Eigenheimdichte, einem großen Sanierungsstau der Gebäude und einem überdurchschnittlichen Anteil von Gas- und Ölheizungen bei der Wärmeversorgung. Das Instrument der kommunalen Wärmeplanung soll den Kommunen helfen, diese Herausforderung strategisch anzugehen. Als kommunale Aufgabe unterstützt dieses Instrument kommunale Entscheidungsprozesse, die erforderlich sind, um eine Dekarbonisierung der Wärmeversorgung sicherzustellen. Die kommunale Wärmeplanung dient dazu, für ganze Kommunen, Stadtteile und Quartiere aus einer übergreifenden Perspektive heraus eine räumliche Planung für eine klimaneutrale Wärmeversorgung aufzustellen. Auch noch für dieses Jahr angekündigt ist die grundlegende Überarbeitung der Landesbauordnung (LBO), mit der klimagerechtes und nachhaltiges Bauen erleichtert werden soll. Gerade in diesem Sektor schlummert noch viel Klimaschutzpotenzial, welches zu aktivieren ist. Dort wird dann auch diskutiert werden, ob man im Saarland eine Solardachpflicht einführen will bzw. den saarländischen Städten und Gemeinden ermöglichen will, dies für ihren Zuständigkeitsbereich festlegen zu können.

Christoph Hassel



Ch. Hassel

Umfassende Wasserstrategie für das Land

Anlässlich des Weltwassertages am 22. März 2024 hat der BUND Saar eine umfassende Wasserstrategie für das Saarland gefordert. Zwar arbeite das Umweltministerium und weitere Akteure an einem Masterplan Wasser. Dieser habe aber den Fokus auf die Sicherung der Trinkwasserversorgung im Saarland, was für sich genommen auch sehr wichtig ist und ein wesentlicher Bestandteil einer Wasserstrategie für das Saarland sein muss. Dem Vernehmen nach verzögert sich die Fertigstellung des Masterplans und soll in der zweiten Jahreshälfte vorliegen.

Im Sinne einer ganzheitlichen Strategie müssen nach Ansicht des BUND aber auch weitere Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels auf den Landschaftswasserhaushalt in den Blick genommen werden wie der Moorschutz, der Artenschutz in Quellen und Bächen, die Land- und Forstwirtschaft, die Abwasserentsorgung und die Siedlungsentwicklung. „Der ergiebige Regen in den zurückliegenden Wintermonaten darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Zuge des fortschreitenden Klimawandels künftig immer häufiger mit langanhaltenden Dürre- und Hitzeperioden auch im Saarland zu rechnen ist. Das Thema Landschaftswasserhaushalt in Zeiten des Klimawandels gehört weiter ganz oben auf die politische Agenda. Wir brauchen einen Zukunftsplan Wasser für das Land mit einer breiten Beteiligung aller Akteure in diesem Bereich und auf einer soliden und aktuellen Datenbasis, insbesondere zur Grundwasserneubildung“, so Christoph Hassel, Landesvorsitzender des BUND Saar. Wie so etwas gehen kann, zeigt ein Blick über die Grenze nach Rheinland-Pfalz. Dort entwickelt das Land in einem breiten Beteiligungsprozess einen Zukunftsplan Wasser, mit dem man den Herausforderungen und Auswirkungen des Klimawandels auf den Wasserhaushalt begegnen will.

Fokus Saarpfalz-Kreis

Der Saarpfalz-Kreis mit seinem Buntsandstein ist das wichtigste Grundwasser-Gewinnungsgebiet im Saarland. Nahezu 50 Prozent des Trinkwassers werden hier für den Bliesgau, die Städte Saarbrücken, Neunkirchen, Homburg, St. Ingbert, Ottweiler und St. Wendel gefördert. Mit der gewerblich-industriellen Förderung sind dies ca. 30 Mio. Kubikmeter im Jahr. Seit 2019 weist der BUND auf fehlende aktuelle Daten zur Neubildung von Grundwasser in der Region hin. Diese wurden von Minister Jost für 2020 versprochen, diese liegen aber immer noch nicht vor. In einem aktuellen Antrag zur Erweiterung der Grundwasserförderung der Wasserversorgung Ostsaar GmbH (WVO) im Königsbruch rechnet man im Saarland mit 230 l/m² aus 1990, Rheinland-Pfalz in Waldmohr nur noch mit 115 l/m² (Daten aus 2022). Solche Widersprüche werden im Antrag der WVO auf Erweiterung der Grundwasserförderung nicht erklärt, und auch die Veränderungen der Neubildung von Grundwasser infolge des Klimawandels werden nicht erläutert.

In den Gutachten des Ökologischen Wasserversorgungskonzeptes (ÖWAV) wird bereits 1996 ausgeführt, dass

die Grundwasserförderung im Saarpfalz-Kreis bereits ohne die Einflüsse des Klimawandels eine Größenordnung erreicht hat, die als kritisch anzusehen ist und nicht erweitert werden sollte. Im Königsbruch wird eine Obergrenze von 1,5 Mio. Kubikmeter genannt, die nicht überschritten werden sollte. Als Alternative zur Grundwasserförderung im Saarpfalz-Kreis wird bereits 1996 eine Aufbereitung von Wasser der Talsperre Nonnweiler zu Trinkwasser empfohlen. In der Talsperre stehen bis zu 10 Mio. Kubikmeter Trinkwasser für das nördliche Saarland zur Verfügung.

Angesichts der weiterhin ungeklärten Grundwasserförderung und Grundwasserneubildung im Saarpfalz-Kreis fordert die Regionalgruppe Bliesgau des BUND Saar für den Kreis:

- 1 den Stopp aller geplanten Erweiterungen der Grundwasserförderungen im Saarpfalz-Kreis,
- 2 die umgehende Vorlage aller aktuellen Daten zur Wasserförderung und Grundwasserneubildung,
- 3 die Begrenzung der Grundwasserförderung auf max. 50 % der Neubildung bis 2030,
- 4 ein Konzept mit Maßnahmenprogramm zur Stabilisierung der Grundwasserneubildung in Wald, Offenland und Siedlung,
- 5 ein Überwachungsprogramm für repräsentative Quellen und ein Schutzkonzept für die Biozönosen von Quellen, Quellbächen und die grundwasserabhängigen Biotope/Moore im Saarpfalz-Kreis.

Der BUND hält diese Maßnahmen zum Schutz unseres Grundwassers für unabdingbar. Sie sind im Einklang mit der entsprechenden Verabschiedung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur vom 27. Februar 2024.

Red.



B. Fröhlich-Schmitt